

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
H. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haß,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis  
für ganz Deutschland  
1 Mk. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den Dien-  
u. Dien Monat und auf den  
Dien Monat besonders an-  
genommen; im Reg. Sachsen  
u. Preuss. Sachl.-Altenburg  
auch auf den Dien Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Zeit-Zelle berechnet.

Nr. 51.

Mittwoch, 5. Mai.

1875.

## An die Leipziger Parteigenossen!

Das unterzeichnete Comité bedarf für eine ausgiebige Vertheilung der Stimmzettel zur Reichstagswahl mindestens 200 Mann, welche

Sonntag, den 9. Mai, Vormittags,  
die Austragung der Stimmzettel vornehmen.

Das Comité erwartet, daß die Leipziger Parteigenossen, eingedenk ihrer Pflicht und der Ehre der Partei, diese Zahl aus ihrer Mitte stellen werden, und erfucht Alle, welche sich hierbei betheiligen wollen — einerlei ob wahlberechtigt oder nicht — sich Mittwoch Abend 8 Uhr im Saale des Bellevue (früher Leipziger Saal), Kreuzstraße, pünktlich einzufinden.

Das social-demokratische Wahl-Comité.  
Fink, Vorsitzender.

## Rationalökonomie. III.

### Die Vertheilung des Arbeitsertrages.

Alle Menschen leben durch den Verbrauch von Waaren, welche durch die Thätigkeit der produktiven Arbeiter hergestellt werden. Der Gesamtarbeitsertrag der produktiven Arbeiter reicht also, wie wir früher gezeigt haben, zur Erhaltung aller Menschen aus; die Vertheilung dieses Gesamtarbeitsertrages unter die Einzelnen richtet sich aber nicht nach der Menge der geleisteten Arbeit, bestimme dieselbe nun in der Erzeugung von Waaren oder in Dienstleistungen, sondern jeder Einzelne erhält so viel, als er kaufen kann. Mit andern Worten, die Menge des Geldes, welche der Einzelne als Einkommen erwirbt, bestimmt seinen Antheil an dem Gesamtarbeitsertrag.

Es gibt nun sehr verschiedene Arten von Einkommen. Wir haben zuerst die große Klasse der eigentlichen Lohnarbeiter, welche gegen Tagelohn oder Stücklohn von den Unternehmern beschäftigt werden; dann finden wir die Leute, welche gegen ein festes monatliches oder jährliches Gehalt arbeiten, also alle Staats- und Commune-Beamten, Handlungs-Gehülften, Lehrer, Pfaffen und dergleichen; ferner erhalten viele Menschen ihr Einkommen als Bezahlung für einzelne Dienstleistungen, wie die Aerzte; vielfach finden wir auch, daß neben einem festen Gehalt noch besonderes Einkommen für gewisse Arbeiten gewährt wird. Alle diese Arten von Einkommen haben das Gemeinsame, daß in ihnen das Einkommen als ein Lohn für geleistete Arbeit erscheint.

Dann finden wir das kaufmännische Einkommen, welches durch den Profit beim Handel mit Waaren entsteht; billig einkaufen und theuer wieder verkaufen ist hier die Parole. Die Differenz zwischen dem Einkaufspreis und dem Verkaufspreis fließt in die Tasche des Kaufmanns, sie bildet seinen Verdienst, sein Einkommen.

In gewisser Hinsicht ist dies Einkommen auch eine Art Lohn, da ja beim Betriebe des Handels immer eine Arbeit, eine Thätigkeit notwendig ist; wir wollen damit aber durchaus nicht gesagt haben, daß die Handelsprofite so ohne Weiteres als durch ehrliche Arbeit verdient anzusehen sind. Im Gegentheil müssen wir, gestützt auf die Erfahrungen der alten und besonders der neuesten Zeit behaupten, daß im Handel brünnle mehr unehrlicher als ehrlicher Verdienst erzielt wird, und daß bei den heutigen Gesellschaftszuständen das Wort Franklin's: „Handel ist Freudei“ mehr denn je eine Wahrheit ist.

Endlich finden wir, daß Einkommen erworben wird ohne alle Thätigkeit, ohne alle Arbeit, nur durch den Besitz. Wer eine Summe Geldes besitzt und sie ausleiht, bezieht Zinsen; wer ein Grundstück, einen Acker, einen sflreichen See besitzt, und einem Anderen zur Benutzung überläßt, bezieht Miete oder Pacht. Die Geldleiher wie die Pächter benutzen den geliehenen oder gepächten Besitz zur Produktion, sie ziehen aus dem zeitweiligen Besitz Nutzen durch Verwendung von gekaufter Arbeitskraft, verschaffen sich ein Einkommen, das ohne das Kapital nicht entstände, sie bezieht also einen Kapital-Gewinn, von dem sie einen Theil als Zins oder Pacht an die Geldverleiher oder Verpächter abgeben.

Wir wollen hier das Verhältnis der Kapital- und Grundstück-Besitzer zu den Unternehmern unberührt lassen; wir brauchen für unseren Zweck nicht zu untersuchen, ob Kapitalisten und Unternehmern den erzielten Kapitalgewinn gerecht unter sich vertheilen; wir wollen nur zeigen, daß in dem Bezuge von Kapitalgewinn überhaupt ein Unrecht liegt, indem durch denselben der Antheil der Arbeiter am Arbeitsertrage geschmälert wird.

Alles in Geld bezogene Einkommen, gleichgültig auf Grund welches Rechtsinstituts es erworben ist, ob es als Lohn, Handlöhne, oder Zins, Miete, kurz als Kapitalgewinn erworben wurde, wird vom Besitzer zum Ankauf von Waaren benutzt; mag ein Theil erspart und wieder zinstragend angelegt werden oder nicht, immerhin wird das Gesamt-Einkommen in Geld nicht loth hingelagt, sondern zum Ankauf von Waaren benutzt. — Theilen wir nun das Einkommen in zwei große Abtheilungen, in Einkommen, welches einen Lohn für geleistete Arbeit darstellt und in Einkommen, welches ohne Arbeit gewonnen worden ist, so erkennt man klar, daß diese beiden Abtheilungen sich in den Gesamtarbeitsertrag

theilen, indem jede nach dem Verhältnis ihrer Größe durch Kauf in den Besitz eines entsprechenden Theiles des Arbeitsertrages, der vorhandenen Waaren, gelangt. Je größer also in einer Nation das Einkommen aus arbeitslosem Erwerb ist, desto kleiner wird der Antheil der Arbeiter am Gesamtprodukt; je geringer dieses Einkommen, desto größer wird der Antheil der ehrlichen Arbeit.

Wir wollen uns die Sache ziffermäßig klar machen und annehmen, der Gesamtarbeitsertrag sei gleich 100 bestimmter Einheiten und das Gesamteinkommen betrage auch grade 100 Einheiten. Dann fällt auf jede Einheit an Einkommen auch eine Einheit vom Gesamtarbeitsertrag. Betrüge nun das arbeitslose Einkommen 50 von jenen Einheiten, so bleibt für die ehrliche Arbeit die Hälfte des Arbeitsertrages übrig, die andere Hälfte sacht der arbeitslose Erwerb für sich ein. Fällt das arbeitslose Einkommen auf 25 Einheiten und das Arbeitseinkommen bleibt auf 50 stehen, so erhält Erstes nur noch ein Drittel, Letzteres aber schon zwei Drittel vom Gesamtertrage.

Sobald also der arbeitslose Erwerb, der Bezug von Kapital-Gewinn aufhört, erhält jeder Arbeiter einen größeren Antheil am Gesamtertrage, ganz abgesehen davon, daß alle, heute von arbeitslosem Erwerb lebenden Menschen dann arbeiten müßten, wodurch der Arbeitsertrag wieder noch vergrößert würde.

Der Kapital-Gewinn, mag er nun unter dem Namen von Zins, Rente, Pacht oder Unternehmerr Gewinn auftreten, verläßt also ohne alle Gegenleistung den Antheil der ehrlichen Arbeit am Gesamtertrage.

In diesem Sinne enthält also das alte Wort: „Zinsen nehmen heißt stehlen“, noch heute volle Wahrheit, denn alles durch Zins, Rente, Pacht oder Kapitalgewinn bezogene Einkommen, nimmt den Arbeitern, sowohl denen, welche Waare erzeugt haben, als auch denen, welche gesellschaftliche Dienste leisten, einen Theil ihres Arbeitsertrages weg.

Wir sind natürlich weit davon entfernt, jeden Menschen, der Zins oder Pacht bezieht, persönlich für einen Dieb an dem Arbeitsertrag der Gesamtheit zu halten; der Fehler liegt in der Institution, in den heutigen Rechts- und Eigentumsverhältnissen, welche sich geschichtlich entwickelt haben, und für deren Existenz kein Einzelner, ja selbst keine Klasse von Menschen verantwortlich gemacht werden kann; nicht wegzulugnen ist aber die Thatfache, daß jeder Capitalbesitzer, selbst der Arbeiter, der wenige Thaler in die Sparkasse gelegt hat und dafür Zinsen bezieht, Theil nimmt an der Schwämmerung, welche sich bei Theilung des Gesamtarbeitsertrages durch Vornahme des auf den Kapitalgewinn fallenden Betrages, am Antheil der Arbeiter vollzieht.

(Schluß folgt.)

## Ueber die Schaubühne und ihre Zukunft. (Fortsetzung.)

Aber die Zeit, die mit so gewaltigen Dingen schwanger zu gehen geschienen, sie sollte schließlich doch nur in jenem widerlichen Theologengeleise endigen, wie es Luther, der fromme Gottesmann und bornirte Dickschädel inauguriert hatte, in jenen blödsinnigen Bänkereien um ein bißchen Blödsinn mehr oder ein bißchen Blödsinn weniger, die sie heute, sage heute, im Jahrhundert des Communismus, allen Ernstes wieder ausgraben zu wollen scheinen. Diese Kämpfe wurden damals einerseits in den glanzvollen Jesuitenspielen, andererseits in den protestantischen Schulkomödien auch auf der Schaubühne mit aufgeführt, während der blutgedüngte Boden des bald nachfolgenden dreißigjährigen Krieges die „Nord-Spektakel“ erzeugte, haarsträubende Ritter- und Hünnerdramen, aus welchen das Publikum nur dann befriedigt nach Hause ging, wenn es sich an dem Anblick von Strömen Blutes hatte weiden können (die Schauspieler brachten zu diesem Zwecke mit Kalbblut gefüllte Blasen in ihren Kleibern an) und die uns so recht die allgemeine Verrohung und Verwilderung der Sitten vor Augen stellten, welche das schlangentodige Schenkel-Krieg zu seiner Gefolgschaft zählt.

So klein aber auch das große Zeitalter der Renaissance, der „Wiedergeburt“ schließlich verlaufen war — zu Großem war es nicht reif gewesen — so blieb es doch das Todtenläuten der mittelalterlichen Gesellschaft, und das Bürgerthum ist es, das von nun ab immer entschiedener in den Vordergrund tritt. Dem entsprechenden vollzieht sich auch die weitere Entwicklung der Schaubühne.

Erkennt man einerseits in Shakespeare, dem jetzt so viel befeierten, wohl überwiegend gefeierten Dichtern, der mit seinen üppigen Postlagern, mit seinen lustigen, versoffenen Ritters, seinen behäbigen Bürgern und seiner Verachtung des gedrückten Volkes, des „Thiers mit den vielen Köpfen“, so ganz das „merry Old-England“ der Elisabeth wieder spielt, mit Recht den Uebergang, gleichsam die Brücke vom mittelalterlichen zum modern-bürgerlichen Drama, so sehen wir andererseits bald nach ihm in Frankreich, dem Lande der Initiative, die letztere Gattung selbst entstehen. Jean Baptiste Poquelin (\*\*), genannt Molière (\*\*\*), gibt ihr den, der das Bürgerthum zuerst in den Vordergrund der Scene betrie. Stand er auch nicht auf der vollen Höhe seiner Aufgabe, so wußte er doch, besonders im Gegensatz zu seinen beiden Zeitgenossen Corneille†† und Racine†††, deren Dramen mit ihren feinen, hölzernen Thrauerfiguren und dem nachgezeichneten Colturnschritt, mit ihrem Wortschwall höflich gekünstelter Phrasen, mit ihrer Verherrlichung des König- und des Christenthums, mit ihren erötischen und vorurtheilhaftigen Schaulügen, mit ihrer

kalten, strengen Abgeschlossenheit gegen die lebendige Gegenwart, und so ganz an das steife Perrückenzeitalter des Gottes-Gnaden-tollen Ludwig XIV. und die tödliche Erstarrung alles Volkslebens unter ihm gemahnen — so wußte Molière doch, sagen wir, in richtiger Erkenntnis des wahren Berufes der Schaubühne, in seinen Dichtungen die ihn umgebende Gesellschaft selbst wiederzuspiegeln, nur daß er, darin eben auch ein echter Hofs poet, die Keinen Schwächen und Tadeln dieser Gesellschaft zwar harmlos zu bespötteln wußte, ihre Verbrechen und ihre Laster aber klüglich unangefastet ließ.

In Deutschland war das Schauspiel inzwischen bei einem Zustande der Verumpfung angelangt, der nur mit der Verumpfung der politischen und gesellschaftlichen Zustände dieser Epoche zu vergleichen ist. Während sich das Volk in den elenden Schaubuden seiner hungernden Komödiantenbanden an ihren „Nord-Spektakeln“, an ihren abgeschmackten Haupt- und Staatsaktionen“, an den rohen und niedrigen Späßen Handwursts ergötzte, wetteiferten die zahlreichen Tyrannen eben dieses Volkes in den wahnsinnigsten Verschwendungen für die prunkvollen Opern und Ballette ihrer Hoftheater. Für das Menschenfleisch ihrer „Unterthanen“, das sie in ferne Welttheile verschickert, tauchten sie sich das Menschenfleisch italienischer Eunuchen und französischer Bajaberen ein. Ein widerliches Zerbild voll eamenschlicher Ausschweifungen, von dem wir uns mit dem bekannten „Ausdruck des Gels und der Verachtung“ abwenden.

Aber die dumpfe, drückende Schwüle ist das Anzeichen des nahenden Gewitters. Das Zeitalter der Aufklärung brach an, dieser schöne Vorabend der französischen Revolution, ein gewaltiges Rühren und Regen ging durch die Geister und erfasste bald auch die Schaubühne. Indes sich das edle Volk von Paris an den Stücken Voltaire's, Boumarquis' u. A. zu jenen unsterblichen Thaten begeisterte, die wir eben die französische Revolution nennen, erlebte das deutsche Theater seine classische Periode. Lessing trat auf, „der deutsche Molière“, der Schöpfer des bürgerlichen Schauspiels in Deutschland, der die Schaubühne mit starkem Arme von ihrem verrotteten und veräuteten Wusthe säuberte, und bald nach ihm das Diokurenpaar der deutschen Dichtung: der Herr Hofspasmacher von Weimar, der große Besenmacher und kleine Mensch, und Schiller, dieser beste, edelste, erhabenste aller deutschen — Spiegbürger. Wie sehr auch sie beide durchaus die Kinder ihrer Zeit, ihrer Umgebung und der diese beherrschenden Ideen gewesen, das geht schon aus einer Betrachtung ihrer beiden Weidramen“, resp. des „Faust“ des Einen, des „Posa“ des Andern recht deutlich hervor, zwei Schöpfungen, die man so oft die Personifikation der beiden Dichter selbst genannt hat. Repräsentirt der erstere mit jenem rationalistisch-patheistisch-spinozistischen Quark, den er in dem bekannten Dialog mit Gretchen zum Besten giebt („Ungefähre sagt das der Pfarrer auch.“ meint Gretchen darauf weit treffender, als Herr v. Goethe selbst dachte) nicht genau die religiösen Anschauungen des modernen Liberalismus? Und repräsentirt dieser Posa, dem „die lächerliche Wuth der Reuerung sein Blut nie erhitze“ (man beachte, daß diese Worte unter dem unmittelbaren Eindruck der französischen Revolution geschrieben und auf diese gemünzt sind), der einen Philipp II. von Spanien bittet, „dem Glück der Völker die Regentenlast zu weihen“, dem also die freiheitliche Monarchie, diese politische Quadratur des Kreises, beständige Bellemungen verursacht, nicht genau die politischen Anschauungen des modernen Liberalismus — jener sozialen Krankheit, die damals be-reit und, besonders unter dem geängstigten deutschen Philistinum, auf's Heftigste grassirte? Ueberall sehen wir nur Halbheit, überall Schwach, nirgend auch nur eine Spur von jener gewaltigen, alles einmal für schlecht Erkante bedingungs- und schonungslos vor sich niederretenden Energie, die dem Communismus gleichsam in die Wiege gelegt, und die noch zu so großen Thaten des Geistes bestimmt ist. (Schluß folgt.)

## Die Behandlung der politischen Gefangenen in Preußen

befähigte am 28. April abermals das preussische Abgeordnetenhaus und zwar auf Anregung Windthorst's. Wir theilen nachstehend den Bericht der „Börsen Zeitung“ mit:

„Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses steht zunächst die Interpellation des Abg. Windthorst-Meynen:

Mit Rücksicht auf die allgemein bekannten Verhandlungen im deutschen Reichstage und im Hause der Abgeordneten über die Vollziehung der Gefängnisstrafe an solchen Gefangenen, welche wegen politischer Vergehen verurtheilt sind, erlaube ich mir an die königliche Staatsregierung die geforsomte Anfrage zu richten: ob und welche Anordnungen in Beziehung auf den Vollzug der bezeichneten Gefängnisstrafen, insbesondere in Beziehung auf die Beschäftigung und Selbstbeschäftigung der betreffenden Gefangenen erlassen worden sind?

Abg. Windthorst: Diese Frage ist schon früher häufig behandelt worden; schon 1874 hat der Abgeordnete Mäurer den wesentlichen Theil, die Frage der Selbstbeschäftigung, angeregt; im Reichstage kam sie gelegentlich der Moskischen Petition ansühelich zur Sprache, und man beantragte, daß von Reich wegen der Strafvollzug durch Gesetz geregelt werden solle. Offiziell ist nicht bekannt geworden, was dieser Beschluß gemirkt hat. Oeffentlichen Blättern zufolge ist er dem Justizauschusse des Bundesrathes überwiesen worden. Es scheint aber damit keine Eile gehabt zu haben, trotzdem dieser Gegenstand vielleicht eiliger gemessen wäre

\*) Das lustige alte England. \*\*) sprich Schang Baptist Bediäng. \*\*\*) sprich Moljadr. †) sprich Cornäh. ††) sprich Rasien.



als mancher andere. Bei der Budgetberatung ist die Frage mehrfach angeregt worden, und der Minister des Innern hat erklärt, daß er verschiedene Entwürfe vorbereitet; aber entweder sind diese Entwürfe nicht so, wie es im Reichstage verlangt wurde, oder sie werden in den unteren Instanzen nicht befolgt. Zu den politischen Gefangenen rechne ich auch die wegen Uebertretung der Maigesetze bestraften Geistlichen, die z. B. in Trier in Bezug auf den Aufenthalt, Beförderung und Disziplin den gemeinen Verbrechern gleichgestellt werden. Der Abgeordnete Rost im Gefängnis am Pfälzersee kann heute noch immer nicht die Selbstbefreiung erlangen und befindet sich deshalb in großer Besorgnis um seine Gesundheit; ein anderer nahezu sechzigjähriger Mann, ebenfalls wegen Preßvergehen verurtheilt, erhält ebenfalls nur die Gefängnisloft, die ihm so wenig bekommt, daß er statt derselben des Mittags sich mit Wasser und Brot begnügt; er hat jetzt die Bergkündigung erhalten, daß er viermal in der Woche Visitation bekommt. Daneben sind in der letzten Zeit, obwohl die Temperatur es wohl erfordert, die Zellen nicht geheizt, wohl aber die Localitäten, in denen sich die Beamten aufhalten. Außerdem ist dem Redner die Mittheilung zugegangen, daß ein wegen Preßvergehen verurtheilter Mann, Namens Froben (Frohme?) in Koblenz gehindert wird, sich literarisch zu beschäftigen. Die Interpellation ist an die Staatsregierung gerichtet, weil es nicht möglich war zu finden, wo die Kompetenz des Justizministers aufhört und die des Ministers des Innern anfängt. (Hört!) Es ist unerträglich, daß fortwährend das Gefängniswesen in zwei Ministerien behandelt wird. Während der Minister des Innern sagt, er habe Instruktionen vorbereitet, hat der Justizminister noch nichts gesagt; wie kommt es, daß, wenn Instruktionen erlassen sind, der bisherige Zustand noch unverändert fortdauert?

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich werde selbstverständlich meine Erklärung auf den Gegenstand der Interpellation beschränken, indem ich die Einzelheiten um so mehr dahingestellt sein lasse, als ich sie nicht übersehen kann. Der Interpellant fragt, ob die Staatsregierung Anordnungen über den Vollzug der Strafen bei politischen Gefangenen erlassen habe. Diese Frage habe ich im Namen der Staatsregierung mit Nein! zu beantworten. Ich könnte mich auf diese Erklärung beschränken, trage aber kein Bedenken, mich über die Gedanken auszusprechen, welche die Staatsregierung zu dieser Unterlassung bewogen haben. Die betreffende Anordnung würde nur dahin gehen können, daß beim Strafvollzuge zwischen politischen und nicht politischen Gefangenen zu unterscheiden wäre. Eine solche Unterscheidung würde eine gegenwärtige sein, den Vorschriften des Strafgesetzes widersprechen und eine unpraktische sein, weil der Begriff des politischen Vergehens ein völlig unbestimmter, für die Anwendung ganz unbrauchbarer ist. Es würde durch eine solche Anordnung eine Neuerung eingeführt werden, wie sie weder in Deutschland noch sonstwo in Europa besteht. Es ist Sache des Gesetzes, mit Rücksicht auf die Qualität der strafbaren Handlung die eine oder die andere, oder auch mehrere Strafen wahlweise anzubringen; es ist Sache des Richters, die Individualität einer strafbaren Handlung zu würdigen, insbesondere mit Rücksicht darauf, auf welche von mehreren wahlweise angeordneten Strafen zu erkennen ist; dagegen muß der Strafvollzug sich richten nach der Bestimmtheit der Strafen unter Berücksichtigung der Individualität nicht der That, sondern des Thäters. Die Berücksichtigung der Qualität und der Individualität der strafbaren That beim Strafvollzug führt zur Willkür, während der Strafvollzug nicht weniger wie das Strafurtheil selbst ein gerechter sein soll.

Auf den Antrag des Abg. v. Schorlemer-Alst tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Götting: Ich interessire mich für das Gefängniswesen, aber für die Interpellation, wie sie hier gefaßt ist, kann ich mich nicht erheben; sie beschränkt sich lediglich auf die politischen Gefangenen, einen solchen Begriff kennt weder die Wissenschaft noch das Strafgesetzbuch. Der Abg. Windthorst ist bereit, die renitenten Geistlichen und die wegen Preßvergehens Verurtheilten zu den politischen Gefangenen zu zählen. Die wegen solcher Vergehens Verurtheilten sollen einer besonders humanen und ihrer individuellen Neigung entsprechenden Behandlung unterworfen werden. Ist denn nicht ein gebildeter, sonst vollständig intakter, nur durch irgend welches Unglück dem Strafgesetze verfallener Mann einer eben solchen Berücksichtigung werth? Denken Sie sich einen Kassenbeamten, dessen übrige Rechtlichkeit nicht in Zweifel gezogen worden ist, der, als er in die Kasse greift, nicht eine Ahnung davon hatte, daß er das Entnommene binnen 24 Stunden nicht wieder hineinlegen könne (Warnung im Centrum), oder nehmen Sie unglückliche Leute, die ausgepöbel werden und in überwallendem Gefühl sich an dem Erektionsbeamten vergeissen; sollten solche gebildete und sonst rechtliche Männer nicht dieselbe Berücksichtigung verdienen? Entleiden Sie die Interpellation ihres tendenziösen Inhalts, führen Sie sie auf die humane Grundlage zurück und Sie werden den Beifall der Volksovertretung und vielleicht auch die Neigung der Regierung finden. Dann dehnen Sie doch Ihre Fürsorge auch auf die Untersuchungsgefangenen aus; ein verurtheilter politischer Verbrecher ist doch immer schuldig, aber ein Untersuchungsgefangener ist doch häufig unschuldig. Im Jahre 1860 wurde in Hildesheim ein Gefängnis für Untersuchungsgefangene gebaut, das allen Anforderungen der Humanität widersprach; die Zellen enthielten nichts weiter als einen Stuhl, Nachts wurde eine Matraxe hineingebracht. Erweitern Sie Ihren Antrag dahin, daß innerhalb des Rahmens des Strafgesetzbuchs die Gefängnisordnung einer Revision unterworfen werden soll, so könnte ich einen solchen Antrag nur empfehlen. (Schluß folgt.)

## Politische Uebersicht.

Das Risiko der Arbeit. Ueber Unglücksfälle im Herzogthum Altenburg schreibt man dem „Erimmischauer Bürger- und Bauernfreund“:

Nachdem nunmehr 10 Jahre verflossen sind, seitdem der Bergbau des Herzogthums unter staatlicher Kontrolle gestellt ist, hat die herzogliche Berginspektion eine Statistik der in diesem Zeitraum vorgekommenen bergmännischen Verunglückungen mit tödtlichem Ausgang aufgestellt, und die „Altenb. Ztg.“ entnimmt derselben folgende Angaben.

Es sind in den verfloffenen zehn Jahren überhaupt 27 tödtliche Verunglückungen vorgekommen, die meisten im Jahre 1873, nämlich 6, die wenigsten im Jahre 1866, nämlich gar keine. Die sämtlichen Fälle lassen sich ihrer Ursache nach in drei Klassen bringen, nämlich in solche,

- wo dem Grubenbesitzer oder seinen Beamten Uebertretung der bestehenden Vorschriften oder üblichen Sicherheitsmaßregeln nachzuweisen war; hierher gehören 3 Fälle;
- wo den Verunglückten selbst eine Uebertretung der bestehenden Vorschriften oder üblichen Sicherheitsmaßregeln oder ein

Mangel an gewöhnlicher Vorsicht nachzuweisen war; hierher gehören 9 Fälle;

c) wo weder dem Grubenbesitzer resp. dessen Beamten, noch den Verunglückten eine Schuld nachzuweisen war; hierher gehören 5 Fälle.

Die dem Braunkohlenbergbau spezifisch anhaftenden Verunglückungen im Besonderen durch plötzliches Herabrollen der Bergbauern sind auffallender Weise bei unserm Bergbau gering an Zahl, nämlich 13 von 27 Verunglückungen, also kaum 50 Prozent, während sie beim sächsischen Braunkohlenbergbau in den letzten 4 Jahren 62 Prozent, beim gleichen Bergbau im Reviere Zeit 82 Prozent der Gesamtverunglückungen betragen. Die Eigentümlichkeit unserer Kohlenlagerung und unserer Abbaumethode birgt in Wirklichkeit viel mehr Gefahren, als in den zum Vergleich herangezogenen Distrikten, und es lassen sich die statistischen Zahlen nicht erklären.

Das scheinbare Walten des Zufalls bei Verunglückungen enthält sich bei näherem Nachforschen als ein feststehendes Naturgesetz, und als solches hat sich in den größten bergbaureichsten Staaten Europas, nämlich in England und in Preußen, herausgestellt, daß auf 1000 Bergarbeiter jährlich 2,2 tödtliche Verunglückungen kommen, und die Schwankungen jahraus jahrein gehen nur um große Kleinigkeiten unter und über diese Zahl. Sie betragen z. B. in Preußen in den letzten 8 Jahren 2,22 — 2,21 — 2,22 — 2,22 — 2,22 — 2,22 — 2,22 — 2,22.

Je kleiner die Distrikte sind, welche man im Vergleich mit einander stellt, um so größer werden dann naturgemäß die Schwankungen, denn dann spielen die Gefährlichkeitsgrade der einzelnen Mineralvorkommen und ihrer Gewinnung, die Geschicklichkeit des Arbeiterschlags und viele andere Verhältnisse eine große Rolle.

Nun sind beim Altenburger Bergbau in den letzten 10 Jahren auf 1000 Bergarbeiter 2,22 Verunglückungen gekommen; dagegen beim Braunkohlenbergbau im Königreich Sachsen

|                  |      |
|------------------|------|
| in Sachsen       | 2,22 |
| im Reviere Zeit  | 4,12 |
| im Reviere Halle | 2,76 |
| übrigen Preußen  | 2,22 |

und es stellt sich also das Verunglückungsverhältniß beim Altenburger Bergbau trotz dessen notorischer Gefährlichkeit und trotzdem die Bergbauindustrie hier erst in den letzten Jahren in die Höhe geschwungen und daher noch kein zur vollen Geschicklichkeit gelangter Arbeiterschlag vorhanden ist, als ein sehr günstiges heraus.

Das Verhältniß wird allerdings ein anderes, wenn man die Verunglückungen auf die geleisteten Förderquantitäten bezieht. Es entfallen nämlich auf eine Verunglückung

|   |              |
|---|--------------|
| beim Braunkohlenbergbau des Herzogthums | 1,995,330 C. |
| in Sachsen                              | 1,318,888 "  |
| im Reviere Zeit                         | 2,185,692 "  |
| im Reviere Halle                        | 3,271,041 "  |
| im übr. Preußen                         | 2,811,228 "  |

Hier ist das Verhältniß für Sachsen am ungünstigsten, während oben Sachsen das günstigste war, und es ist aus dieser Tabelle im Allgemeinen zu entnehmen, daß, je intensiver der Bergbau getrieben wird, d. h. je größer die Gruben sind und je flotter sie fördern, um so weniger Verunglückungen — reduziert auf die Förderquantitäten — dabei sich ereignen.

Der Altenburger Bergbau ist erst seit dem letzten Jahre in die Reihe der Großindustrie getreten. Während in den vorhergehenden neun Jahren die Leistung pro Arbeiter jährlich 4472 Ctr. betrug, stieg sie im Jahre 1874 auf 7981 Ctr. und reichte sich damit den Leistungen beim preussischen Braunkohlenbergbau an, wo sie in den letzten acht Jahren durchschnittlich 8024 Ctr. betrug. Die sächsische Braunkohlenindustrie ist dagegen bedeutend im Rückstande, denn hier war die Leistung nach achtjährigem Durchschnitte bloß 2948 Ctr. pro Arbeiter.

So weit der Artikel des „Erimmischauer Bürger- und Bauernfreund“. Wir wollen bloß einen Punkt aufmerksam machen. Ein „feststehendes Naturgesetz“ gibt es für die Verunglückungen nicht — dieselben sind nicht notwendig, sondern erweisen sich bei entsprechender Vorsicht ganz oder größtentheils zu vermeiden. Gibt doch der Verfasser selbst zu, daß in Altenburg weniger Verunglückungen als in anderen Ländern vorkommen, „obgleich die Abbaumethode in Wirklichkeit viel mehr Gefahren birgt.“ Und was heißt das anders, als daß die menschliche Vernunft das sogenannte „Naturgesetz“ über den Haufen geworfen hat?

— In Südwales hat seit Montag vor 8 Tagen die Absperrung dem Namen nach aufgehört, indem die Grubenbesitzer ihre Werke zu einer Lohnreduktion von 15 Proz. öffneten. Der Sache nach dauert jedoch die Absperrung fort, da sie unter unannehmbaren Bedingungen aufgehoben wurde. Hauptzweck der Grubenbesitzer ist, den Arbeitern das Anrecht auf Armenunterstützung zu nehmen und ihnen so die letzten Zufuhren abzuschneiden. Nach den letzten Berichten waren nur sehr wenige Arbeiter in die Gruben zurückgekehrt.

— Im Kohlenbeken von Charleroi ist die Ruhe wieder hergestellt. Allerdings ein Wunder, sintermalen die Ruhe dort überhaupt nicht gestört, folglich auch nicht wiederherzustellen war. Man müßte denn, was freilich richtig wäre, jedoch von den Zeitungs-Berichterstattern nicht gemeint ist, das Vorgehen der Behörden als Ruheherstellung auffassen.

— Auch in den Vereinigten Staaten sind die Kohlenarbeiter im Kampf mit den Grubenbesitzern. Im Staat Pennsylvania spielt sich ein ähnlicher Klassenkampf ab, wie in Südwales. Die Grubenbarone fanden es profitabel, ihre Arbeiter in dieser „schlechten Zeit“ auszusperrten, wodurch natürlich viel Noth und Elend erzeugt wurde. Gern hätte man den Arbeitern zu Aber gelassen, allein leider bewegten sie sich durchaus auf gesetzlichem Boden. Da kam plötzlich die Nachricht von Gewaltthatigkeiten und Anfehr. Ein Schuppen, der den Arbeitern sicher nicht im Wege stand, sollte von diesen in Brand gesteckt worden sein. Es war das aber insam gelogen. Der eingeschickte Schuppen ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, von den Grubenbesitzern selber angezündet und die Brandstiftung dann den Arbeitern in die Schuhe geschoben worden, um einen Vorwand zu haben, vom Staate die ersuchte Hilfe in Gestalt von Bürgermilitäzen zu erlangen. Die Bürgermilitäze ist denn auch wirklich aufgeboden, sie hat aber, wie vorausgesehen war, bis jetzt keine Verwendung finden können und wird wohl auch keine finden. Begreiflicher Weise hat diese Niedertracht der Grubenbesitzer in hohem Grade die Entrüstung der amerikanischen Arbeiter wachgerufen, und wird in öffentlichen Versammlungen in gebührender Weise gegen die Brandstifterbande zu Felde gezogen. So hat in Philadelphia eine Versammlung der deutschen Arbeiter stattgefunden, in welcher folgende Resolution angenommen wurde:

In Anbetracht, daß die Kohlen-Miner nicht selbst den Strife provoziert haben, sondern dieselben vielmehr durch die Habgucht und Niederrichtigkeit der Kohlenkönige ausgelöst wurden;

In Anbetracht, daß die Presse nach ihren corrupten Begriffen

diesen Strife als ungesetzlich bezeichnet, darin einen Nachtheil für die Kohlenbarone und die Zerstörung der pennsylvanischen Industrie erblickt;

In Anbetracht, daß die Presse die allergemeinsten und gewissenlosesten Schmähungen gegen die Kohlen-Miner geschleudert, sie als Raubvögel und Brandstifter bezeichnet, um damit die große, unwissende Masse des Volkes gegen die Kohlen-Miner aufzustacheln;

In Anbetracht, daß der Mayor von Philadelphia in jene Gegenden Special-Polizisten sendete, zum Schutze des Capitals und zur Unterdrückung der Kohlen-Miner;

In Anbetracht, daß die Presse dahin wirkt, daß der Staat für die Kohlen-Regionen eine Staats-Polizei errichte, um die Interessen der Kohlenkönige zu schützen, zu befördern und die Miner in allen ihren Bewegungen zu hemmen und zu knebeln;

So sei beschloffen von der heute in der Turn-Halle tagenden Versammlung,

1) Daß wir den Kampf der Kohlenminer in Pennsylvania als gerechtfertigt anerkennen und wir unsererseits ihnen unsere moralische Unterstützung hiermit aussprechen;

2) Daß wir die Verleumdungen, falschen und widersprechenden Berichte der hiesigen Zeitungsredaktion als bezahlte und käufliche Institutionen zurückweisen und ihnen unsere tiefste Verachtung aussprechen;

3) Dem Mayor der Stadt Philadelphia die tiefste Verachtung aussprechen, da er dorthin Spezialpolizisten sandte, und Leute oder Individuen dazu verwendete, welche nicht würdig sind, als Polizei zu fungiren;

4) Daß wir energisch Protest erheben gegen das Einschreiten der Militärgewalt in die Rechte eines in größter Ruhe beschäftigten Begners, und sprechen unseren höchsten Beamten des Staates unsere Verachtung aus.“

— Sonnabend, den 1. Mai hat unser früherer verantwortlicher Redakteur Preißer eine Gefängnisstrafe von einem Jahre im Landesgefängnis Jzidau angetreten. Nicht eingerechnet sind verschiedene Strafen, so z. B. 6 Wochen wegen Verleumdung weimariischer Staatsbeamten, mit welchen Preißer noch bedacht ist.

## Aus Serbien.

(Schluß.)

Die rückhaltlose Sprache des Volkswahlordneten Milia Milowanowicz\*) gibt ein Bild von den wirklichen Verhältnissen unseres Volkes und den Zuständen in unserem Lande, die wir in Betracht ziehen. Als Mitglied des Finanzausschusses in der Stupschina hat Milia zu dem Antrage\*\*) betreffs Beschränkung der Besoldungen und Pensionen der Staatsbeamten auf jährlich 1000 resp. 500 Tylr., als Einziger in der Ausschussmajorität, folgende Begründung vorgebracht:

„Die Ausschussmajorität ist der Meinung, daß bei einer Besoldung von unter 1000 Tylr. Niemand studiren und Staatsdienst nehmen wolle und daß, wer es thun würde, unter der Hand seine Stellung mißbrauchen, oder dieselbe mehr zu seinen eigenen Interessen ausnützen werde, und glaube deshalb unseren Antrag ganz verwerfen zu sollen. — Es versteht sich von selbst, daß die „Herren“ nur solche Resolutionen einbringen vermögen, die nach dem „alten Piede“ zu gar nichts nütze sind.

„Eine Wissenschaft studirt der Mensch mehr um seiner natürlichen Wißbegierde willen, die für Alles die Ursache zu ergründen strebt. Einem Jeden wird also zunächst der größte Lohn der sein, daß er sich bewußt ist, ein gebildeter und gelehrter Mann zu sein. Wollte Jemand aber einem anderen eine Wissenschaft oder eine Lehre nur um ein theures Geld verkaufen, dann mag — so schmerzlich es auch wäre — lieber die ganze Wissenschaft zum Teufel gehen.

„Daß aber intelligente Leute oft mehr Neigung zum Staatsdienste zeigen, als zu anderer Arbeit, ist einleuchtend: denn es erscheint die Feder eben Soldaten jedenfalls leichter als die Hade.“ Daß aber auch gut bezahlte Staatsbeamte ihre Stellung oft mißbrauchen und sogar gemein stehlen, zeigt uns das Beispiel des Herrn Belimarowicz†) und Bischof Moisie,††) welche nebst vielen anderen offiziellen und gutgezahlten Dieben zu erwähnen sind.

„Der Mensch ist eben ein schwer zu sättigendes Geschöpf, und je mehr er besitzt, um so mehr er noch haben will, und man könnte deshalb auch sagen, daß „hohe“ Besoldungen noch mehr zur Entartung verführen, denn sie steigern immer mehr die Bedürfnisse der Empfänger. Ehre bekommt man nicht um's Geld, sie will durch persönliche Verdienste erworben sein. Warum klagen denn stets die Herren Offizianten über niedrige Besoldung? Darum, weil alles, was sie an sich tragen — vom Kopf bis zur Ferse —, alles, was sie im Hause haben, fremde theure Production ist. Ihre Frauen wollen nichts von der Haushaltung wissen, sie sind dazu viel zu verschwenderisch! Deswegen müssen die Beamten, um ihre Familien zu ernähren, um sie herrlich ausstatten zu können, fortwährend nach besserer Besoldung schreien.

„Was die Behauptung betrifft, daß die Intelligenz und die Bildung die Bedürfnisse der Menschen steigern, daß demnach die Beamten als intelligente Leute auch mehr Bedürfnisse, daher auch bessere Besoldung haben müssen — so ist diese Behauptung falsch. Nur der Reichthum verursacht jene Mehrbedürfnisse, die in Luxus arbeiten aber niemals die Bildung, die wirkliche Bildung. Ich bitte mir zu sagen, ob der gemeine Bauer nicht auch in der Equipage zu fahren wüßte; — er hat sie aber nicht! Er ist ganz zufrieden, wenn er auf seinem Holzwagen mit vieredigen Rädern fahren kann. — Es reitet nicht Derjenige das Pferd, dem es paßt und der das Reiten versteht, sondern Derjenige, der es zufällig besitzt!“

„Weiter. Wie lebt nun aber unser Volk, das alles bezahlt und unterhält? — Unser Volk besteht beinahe aus lauter Bauern, 95 Prozent sind Bauern, und 5 Prozent entfallen auf Beamte und Kaufleute. Unser Volk, als ackerbaureichendes, arbeitet 12—15 Stunden per Tag; in einem wirklichen Schweißbade verrichtet es die schwerste Arbeit und ernährt sich mit der schlechtesten Kost, wie z. B. mit dem trockenen Maisbrode, der wässrigeren sauren Krautbrühe, der Zwiebel und der Brennnessel. Der Bauer arbeitet sowohl bei Tag als bei Nacht und öfters hat er kein Brod, — denn nicht in seiner Noth liegt es, regnen zu lassen oder nicht, und zu bestimmen, wie lange und in welchem Maße es regnen soll, das vermag er auch nicht. Er muß also manchmal das Beste und Liebste verkaufen, um sich mit seiner Familie erhalten zu können. Wena daher der Taglohn des Volkes 5—6 europ. Pfaster (ein europäischer Pfaster ca. 2 Silbergroschen) beträgt, wie kann denn

\*) Ein einfacher Bauer aus Lemnisch, Jagobinet Kreis.

\*\*) Mit drei Stimmen verwerfen.

†) Kriegsminister unter der Präsidentschaft von Milic. Er hat an der Staatskasse eine Defraudation von über 16,000 Dufaten verübt.

††) Moisie hat sich gleichfalls als „Tpeiler“ berüchtigt gemacht.



dasselbe: Volk dann einem seiner Beamten 3 Dukaten für 2-3 Stunden leichter und angenehmer Arbeit täglich bezahlen? Wenn unser Volk in elenden Häusern, in Baracken wohnt und auf der bloßen Erde schläft, wie kann es seinen Dienstleuten (Fürsten und Beamten) Paläste bauen, ihnen die „weichen seidenen Schlafbeden und Matrasen“ kaufen? — Ich frage, ob die „Herren“ mit guten Gehältern vielleicht höhere Geschöpfe sind, als ihre Brüder? — Nein, das nicht; die „Herren“ mit ihren guten Gehältern haben mit ihrem ausschweifenden Leben unsere Städte angesteckt, die letzteren wiederum die Bauern. Jetzt wandern sie sich, wie unsere Gewerbe allmählig zu Grunde gehen, wie der Bauer mancherlei Lumpentand und falschen Biertrath für sich kaufen mag. Es möchte am richtigsten sein, wenn die Gehalte der Herren Beamten nach dem Maßstabe des Taglohnes unserer Bauern proportionell reduzirt würden. Dann wären sie alle brüderlich im Leben gestellt. Während jetzt der Bauer 5-6 Pfaster, der Beamte aber 180 Pfaster täglich hat; das ist unbrüderlich!

„Wir (die Volkspartei) wollen aber in unserem Antrage viel freigeiger, gemäßigter sein, denn wir geben einem Beamten einen Gehalt von 10-70 Pfaster täglich. Daran folgt, daß die niedrigsten Beamten über 150 Thaler Jahresgehalt haben, und doch sind sie bereit uns als „extramundan“ auszusprechen. Die Hauptsache ist: Der Offiziant erhält seinen Gehalt ob Sonnenschein, ob Regen, ob Arbeits- oder Feiertag, für ihn ist dies ganz gleichgültig, aber der arme Bauer, der erhält seinen Taglohn nur, wenn er arbeitet und arbeiten kann. Die Herren Staatsbeamten haben es dagegen so schön, so angenehm, daß sie sich kaum etwas Besseres wünschen können.

„Ein rationeller Hauswirth kann herrlich mit 70 Pfaster per Tag auskommen; wenn ja Jemand mehr als 70 bis 180 Pfaster verputzt, der thut unrecht und mit Recht kann ein Solcher ein Verschwender genannt werden, weil derselbe der Menschheit mehr schädlich als nützlich ist, zumal wenn er diese Summen von einem armen Volke erpressen will. Wenn die Herren Beamten aber wie bisher ihr Leben fortsetzen, wenn sie ihre Angehörigen mit Seide und Sammt bekleden, wenn die seidenen Kleider ihrer Frauen verschwenderisch mit ellenlangen „Schleppen“ geziert werden, wenn Brillantnadeln, goldene Frauennähren, Diamantringe u. c. u. gekauft werden (sieht man doch öfters bei Frauen Schmuckwerthe von 3-600 Dukaten); wenn weiter einer Frau mehrere Dienstmädchen, Palaten, dann „Stubenmädchen“, „Kinderfrauen“, Wäscherinnen, Köchinnen und zuletzt noch Ammen gehalten werden, (denn die „hohen“ Frauen wollen nicht einmal ihre Kinder selbst nähren); wenn ein Mann jetzt mit 80-90 Pfaster bezahlt, goldene und silberne Handschuhe, Fauteuils, Kanapes u. c. u. angeschafft werden, — ja, dann fürwahr, dann sind nicht einmal 10-15,000 Thaler ausreichend, um solche „Bedürfnisse“ laufend zu befriedigen.

„Wir schlagen als höchste Besoldung 1000 Thaler vor, und zwar nur so lange, bis unser Volk einmal reich und vermögender wird. Es ist unrichtig, ein Volk wie ein Schaf zu betrachten, bei dem gewöhnlich mit dem Bliesse ein wenig Haut abgeschliffen wird, ohne daß man sich weiter darum kümmert, was zu thun ist, um dem Thiere ein noch größeres und dichteres Bliesse abzugewinnen zu können. Unsere Beamten werden es uns nicht verübeln, daß wir so rechnen, denn wir müssen in unserem Haushalte radical wirtschaften. Besonders aber den Bischöfen geizt es am wenigsten, ein verschwenderisches Leben zu führen, denn obgleich sie, als Hauptvertreter Christi, nicht zu Fuß gehen oder bescheiden auf Eseln reiten wollen, so können sie doch mit 1000 Thaler Gehalt jährlich sehr schön leben. Unsere Beamten wissen es am besten und schreien darüber am meisten, daß unser ackerbauendes Volk in der primitivsten Art und Weise und mit den unzuverlässigsten Geräthen sein Ackerland bewirtschaftet. Wie aber können sie von demselben Volke verlangen, es solle sie durch eine hohe Besoldung reichlich unterhalten und modisch bekleden?! Wenn ein solches Verlangen gerecht ist, dann existirt keine Gerechtigkeit mehr in der Welt! —

„Weiter, meine Herren Abgeordneten, haben Sie wohl gehört, daß wir 6 Millionen europ. Pfaster (3300000 Thaler) Defizit haben, wer wird das Defizit decken? Das Volk abermals, das Volk! dasselbe Volk, welchem es schon schwer fällt, fortwährend zu zahlen und wiederum zu zahlen. Diese 6 Millionen Pfaster sind eine erhöhte Last auf seinem Rücken. Wollen wir unser Land in besserem Zustande sehen, so müssen wir energisch verlangen, daß diejenigen das Defizit decken, die es veranlassen, und gemacht haben und das sind unsere Herren Staatsbeamten und „hohen“ Staatsmänner mit ihren ungenügend vorberechneten Auslagen, mit ihren Gehaltssteigerungen, ihren Pensionen u. c. u. Die Deckung des Defizits haben wir mit Recht von den „Herren“ allein zu verlangen, und ich meine, wir dürfen nicht nur nicht 6 Millionen, nein, nicht einmal 6 Pfaster mehr auf unser so verarmtes und verschuldetes Volk awerfen. Nicht auf diese Weise, sondern durch Beschränkung der hohen Beamtengehälte allein haben wir das Defizit zu decken! — Deswegen, meine Herren Abgeordneten, empfehle ich Ihnen meinen Antrag, von welchem die Rede ist, zur Annahme.“

Der Antrag wurde in der Stupskina nicht angenommen. Einige Nationalisten und Pseudopponenten haben „doch“ erkannt, „daß der Antrag in der Theorie ganz richtig ist, aber erst nach 50 Jahren am Platze sein würde.“ Also — 50 Jahre sollen wir auf seine praktische Durchführung noch warten müssen!!! Schöne Geschichten! „Wenn aber unser Volk bis dahin zu Grunde gerichtet ist?“ — um mit Wilia zu sprechen! —

Es ist noch ein Antrag betreffs Aufhebung der Kreispolizei (Hauptmannschaften), in der Stupskina eingebracht. Diese kosten jährlich 3 Millionen Pfaster und sind ohne jeden Nutzen, — ja man kann sagen, mehr oder weniger sind sie sogar schädlich, was die rationelle und moralische Seite anbelangt. Man sagt im Antrage: „Die Kreispolizeien sind zwecklos, sie sollen aufgehoben werden, damit die 3 Millionen zu einem nützlicheren Zwecke verwendet werden können!“ Diesen Antrag haben 80 Abgeordnete unterschrieben und erwartet man die Entscheidung der Stupskina mit großer Spannung.

## Gewerksgenossenschaftliches.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Als im vorigen Jahre der Verwaltungs- und Aufsichtsrath über Mittel und Wege zur Agitation beriethen, wurde der Beschluß gefaßt, einen Aufruf auszuarbeiten und denselben an die Mitglieder und Nichtmitglieder bei Versammlungen und sonstigen passenden Gelegenheiten zu vertheilen. Der Aufruf erschien und schilderte in treffenden Worten die traurige Lage der Schuhmacher und forderte, um eine Verbesserung unserer gemerblichen Lage hervorbringen, die Kollegen allerorts auf, Mann für

Mann in die Gewerkschaft einzutreten, um unsere Organisation kräftigen und stärken zu helfen. Jedoch die Verwaltung glaubte noch weiter gehen zu müssen; sie schlug ein regelmäßig erscheinendes Cirkular vor, wobei sie jedenfalls von der Ansicht ausging, die Einrichtung so zu treffen, wie die Holzarbeiter es gethan, ehe die „Union“ entstand. Doch nachdem 2 Kammern dieses Cirkulars erschienen waren, sahen wir unverhofft mit dem 1. Januar d. J. den „Weder“ als unser Organ von der Verwaltung proklamirt. Schon bei Einführung obgenannten Cirkulars, worunter ich schon eine Art selbständiges Organ erblickte, bezeichnete ich dem Verwaltungsrath dasselbe als ein nicht praktisches Unternehmen. Ich hatte mit mehreren Sachkundigen, in derartigen Unternehmungen erfahrenen Leuten, darüber gesprochen, und hatten sich diese abräthend ausgesprochen. Trotz alledem wurde die Sache durchgeführt und der Druck ging in Nürnberg-Fürth vor sich. Ich war, ich muß es offen gestehn, höchst überrascht, als mir die erste Nummer des „Weder“ überreicht wurde, denn ich sagte mir, daß zu einem derartigen Unternehmen es sich geziemt hätte, eine vollständige Aufsichtsraths-Versammlung anzuberaumen, da zur Ausführung eines solchen Planes unbedingt die volle Zustimmung beider Behörden gehörte und die Gehälte zu demselben den Mitgliedern bekannt gemacht werden müßten. Und warum solche Eile? Konnte dieses Vorhaben nicht erst auf die Tagesordnung der Generalversammlung gebracht und den Mitgliedern Zeit gelassen werden, sich in ihren Versammlungen über das Unternehmen zu äußern, anstatt erst später deren Ja und Amen einzuholen? Gewiß, viele unserer Mitglieder haben dem „Weder“ mit Freuden zugejubelt, aber sie waren sich nicht bewußt, was es zu bedeuten hat, ein eigenes Organ zu schaffen. Fragen wir uns nun, um welchen Schritt wir durch Einführung dieses Organs weiter gekommen sind, so muß ich mir sagen, daß ich kein Vorwärtsschreiten hierin erblicke, wohl aber das Gegentheil, denn das Bisherige, auf allen Gebieten der Wissenschaft Belehrende und Aufklärende, wie es der „Volkstaat“ bietet, kann uns unmöglich der „Weder“ bieten. Warum etwas h.seitigen, was so viel Großes, Gutes und Vielseitiges leistet? Denn je größer das Organ, desto viel- und mehrseitiger ist der Inhalt, desto gewaltiger die Wirkung, die es hervorbringt. Warum den „Volkstaat“ bei Seite werfen, der bis jetzt zu Aller Zufriedenheit mit Erfolg für uns gewirkt hat, der uns bildet und belehrt, der uns eine Uebersicht über die Bewegung in fast allen Gewerkschaften verschafft, der die allgemeine Firma trägt? Warum wollen wir diese Firma herabzureißen und die Bedeutung des „Volkstaat“ zu vermindern suchen? Ist das der Dank, daß man den „Volkstaat“, der unsere Bewegung angeregt und in Fluß gebracht, der stets für unsere Interessen, Ziele und Bestrebungen eingetreten und seine Spalten mit der größten Bereitwilligkeit und geöffnet hat, der vielfach zu dem beigetragen, was wir jetzt sind, daß man denselben jetzt so kühl und ruhig bei Seite wirft? Der Verwaltungsrath ermahnte im vorigen Jahr einmal die Mitglieder, indem er sagte: „Müssen denn die paar Thaler, die wir in Kasse haben, alle verstreut werden? Ich aber möchte fragen: müssen denn so viele Gelder für so ein kleines, und bloß zu einer abgeschlossenen Kasse heranbildendes Blättchen verausgabt werden? Und ist das Absondern vom „Volkstaat“ nicht auch zu gleicher Zeit ein Strich auf geistigem Gebiete? Ist das praktisch, wenn unsere Mitglieder erzogen und gewöhnt werden, nur den „Weder“ zu lesen, da sie sich sagen, den hast du umsonst, was sollst du noch Geld für den „Volkstaat“ ausgeben? Wird dadurch nicht die Abonnentenzahl des „Volkstaat“, wollte das jede Gewerkschaft so machen, bedeutend vermindert? wird und nicht die Einsicht und Uebersicht über Gang und Stand anderer Gewerkschaften entzogen und das Motto: „Mit vereinten Kräften“ zunichte gemacht? Warum lesen wir z. B. so wenig, fast gar nichts im „Volkstaat“ von der Organisation und Bewegung der Buchbinder, Klempner und Holzarbeiter? Man, weil dieselben ihre eigenen Organe haben, in Folge dessen haben wir keine Einsicht in diese Gewerkschaften. Aber man wird uns höchstens sagen: lesst dieselben. Und auf demselben Wege sind wir. Anstatt also immer mehr Verbrüderung, gegenseitige Annäherung und geistige Solidarität zu schaffen, schafft man Einrichtungen, welche die gegenseitige Abgeschlossenheit immer mehr hervorrufen. Warum haben wir es für gut und praktisch befunden und es angestrebt, uns materiell gegenseitig zu unterstützen und solidarisch haßbar zu sein? Warum wollen wir auf geistigem Gebiete das Gegentheil? Der materielle Nutzen, den wir uns durch Gegenseitigkeit bieten, ist hoch anzuschlagen, aber den geistigen Schaden, den wir uns durch derartiges Isoliren zufügen, ist bei Weitem größer.

Nun, man wird mir entgegen: der „Volkstaat“ soll vom Bevollmächtigten für die Mitglieder in den Versammlungen ausgelegt und etwaige Bekanntmachungen vorgelesen werden, im Uebrigen steht es ja Jedem frei, nach wie vor denselben für sich zu halten. Allerdings, wenn die Mitglieder es nicht anders wüßten, dann würde dies richtig sein, aber die Mitglieder werden dazu erzogen, mit einem gewissen Stolze, wie sich der Verwaltungsrath unlängst ausdrückte, ihre Zeitung zu lesen. Aber dadurch wird auch der Gesichtskreis und Wirkungskreis ein immer mehr einseitiger werden. Und fragen wir einmal bei anderen Branchen und Corporationen, die ihr eigenes Organ haben, nach, wie viele noch den „Volkstaat“ lesen, man wird verzeußelt wenige finden; und warum? Weil die Leute glauben, wenn sie ihr eigenes, selbst geschaffenes Organ lesen, Alles gethan zu haben.

Man wird mir weiter entgegen: „die Mitglieder können den „Volkstaat“ in den Versammlungen lesen.“ Dasselbst soll man aber den Verhandlungen und Debatten aufmerksam folgen; und was, in aller Welt, sollte aus unseren Versammlungen werden, wenn Jeder so thun und denken wollte? Dann würde unser Versammlungsort ein Lesezimmer und schließlich müßte man weder von dem Gelesenen noch Gesprochenen etwas.

Und sehen wir uns weiter einmal die Orte — mit nur wenig Ausnahmen — an, die ihre eigenen Lokalorgane haben. Mit allen nur möglichen und erdenklichen Schwierigkeiten haben dieselben oftmals zu kämpfen, um ihre Organe zu erhalten, ja, ihr Erscheinen hängt oft nur von der Gnade und Barmherzigkeit des Druckers ab, und dann steht auch der Erfolg meist(?) nicht im Verhältniß zu den Opfern und Anstrengungen, welche ein solches Organ kosten. Aber dem „Volkstaat“ ist eine Anzahl Abonnenten entzogen. Wenn aber den Partei- und Gewerksgenossen so viel an Lokalnachrichten gelegen ist, so müßen sie doch dieselben an den „Volkstaat“ einschicken, und den Leserkreis desselben vergrößern helfen und dazu beitragen, daß der „Volkstaat“ mehrmal erscheinen könnte.

Man wird mir wiederum entgegen: „Bei uns haben wir ein Risiko nicht zu fürchten, der „Weder“ wird aus der Hauptkasse bezahlt und den Mitgliedern unentgeltlich übergeben.“

Allerdings werden viele Mitglieder in dem Glauben leben, sie erhalten den „Weder“ umsonst. Der Verwaltungsrath fordert aber doch zugleich zu freiwilligen Sammlungen für denselben auf, woraus hervorgeht, daß wir Opfer bringen und daß das Loch in

der Hauptkasse ein großes werden kann. Und sehen wir nach Jahr und Tag und die Erfolge in Betreff der Agitation durch den „Weder“ an, so finden wir, daß dieselben nicht im Verhältniß zu den Kosten stehen, die uns durch denselben erwachsen sind. Wenn wir das Geld für persönliche Agitation verwendet hätten, so hätten wir größere Erfolge erzielt. Ich stimme lieber dafür, 200 Thlr. für persönliche Agitation in unser Budget aufzunehmen, als 100 Thlr. für den „Weder“ auszuwerfen.

Weiter sind wir der Gefahr ausgesetzt, da bei Verlegung des Vororts der „Weder“ stets mit Übersiedeln soll, keine geeigneten Redaktionskräfte zu haben. Es ist dies einer der wichtigsten Punkte, die wir mit ins Auge zu fassen haben. Ich will annehmen, daß der jetzige Verwaltungsrath Alles aufbieten wird, den Mitgliedern gerecht zu werden, und daß er thun wird, was in seinen Kräften steht; aber wir müssen auf die Zukunft bedacht sein, und wir stehen hier vor einem Entweder! Oder! Entweder, die neue Verwaltung muß den „Weder“ übernehmen, oder Freund Bod bleibt Redakteur in Gotha, oder er siedelt nach dem neuen Ort mit über und wir bezahlen die Umzugsgelder. Oder aber, der „Weder“ hört auf zu erscheinen, und wir hätten eine Zeitung gehabt.

Dies alles sind Calamitäten, in die wir gerathen können, und die bei derartigen Unternehmungen schon dagewesen sind, in die wir aber nicht kommen könnten, wären wir dem „Volkstaat“ treu geblieben. Und so werden noch mancherlei Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten zu Tage treten, die wir im Voraus nicht sehen, die wir aber hinnehmen müssen.

Vorstehendes ist meine Ansicht über die Einführung des „Weder“. Ich erkläre, daß ich an dessen Stelle lieber für obligatorische Einführung der „Union“ gestimmt hätte. Jedenfalls wird man mich eines Anderen zu belehren suchen. Ich möchte aber nicht nur eines Anderen, sondern auch eines Besseren belehrt sein.

Leipzig. Der Aufsichtsrath erklärt sich hierdurch mit dem Vorgehen bezüglich des Congresses, resp. der Generalversammlung, Seitens des Verwaltungsrathes vollständig einverstanden, und wünscht deshalb ungestörten Fortgang in den Arbeiten zur Generalversammlung. Fort mit den Meinungsverschiedenheiten und auf nach Coburg!

Mit Gruß!

Ritzen, Vorsitzender.

### Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. An die deutschen Schiffszimmerer! Da am 23. Juni d. J. in Hamburg, Brook 69, wiederum eine Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins, der sich fast an allen Hafenstädten Deutschlands verbreitet, abgehalten wird, so ersuche ich auch diejenigen Orte, die noch isolirt dastehen, oder dem Marx-Hirsch'schen Gewerksverein angehören, ebenfalls einen Delegirten zu schicken, da es sich ja lediglich um die Frage der Schiffszimmerer handelt, welche in der Generalversammlung auf der Tagesordnung zur Berathung gestellt wird. Wir glauben, daß diese Frage wichtig für jeden Schiffszimmerer Deutschlands ist, indem ja ein Jeder, mag er heißen Hans oder Kunz, mag er wohnen an der Weser oder Ostsee, Anrecht auf eine menschenwürdige Existenz hat, mit der es aber bei den Schiffszimmererleuten bekanntlich schlecht bestellt ist. Denn kein Familienvater ist jetzt mehr im Stande, sich die erforderlichen Lebensbedürfnisse anzuschaffen, um als Mensch leben zu können. Dabei arbeitet der Schiffszimmerer von Morgens früh bis Abends spät, so daß er, da er auch schlecht genährt ist, physisch und allmählig auch geistig zu Grunde gerichtet wird. Und wenn der Schiffszimmerer anfängt alt und grau zu werden, dann stößt man ihn überall herum wie einen alten Hund, dem man, weil er in jüngerer Zeit viel genützt, noch das Gnadenfutter auf seine alten Tage giebt.

Schade, daß man noch kein Mittel erfunden hat, um den Arbeiter, wenn er alt und steif geworden ist und nicht mehr arbeiten kann, sanft und ruhig in das Jenseits, wie man es heut zu Tage noch nennt, zu befördern. Man ist in allen Sachen ziemlich fortgeschritten, doch soweit ist man bis jetzt noch nicht gekommen, obgleich daß in der letzten Zeit empfohlene Rezept Camphausen's, welches bekanntlich die Lohreduction u. c. empfiehlt, trotzdem geeignet genug erscheint, dem Arbeiter noch mehr als sonst das Dasein zu verlängern. Hat der Arbeiter keine Butter mehr auf's Brod, dann begnügt er sich mit Salz, und mangelt ihm auch das Brod, ist er Kartoffeln, oder stirbt des Hungers. Dies alles sind nackte Thatsachen, die von Tage zu Tage immer deutlicher zum Vorschein treten; mit Schaudern muß man in die Zukunft hinein blicken, wenn man fast täglich vernimmt, an diesem oder jenem Orte haben ganze Corporationen die Arbeit eingestellt, weil die Meister von dem Camphausen'schen Rezept Gebrauch machten. Man drückt den Arbeiter von allen Seiten, die Riethen werden immer mehr erhöht, sämmtliche Lebensbedürfnisse sind im Preise gestiegen, und dennoch wird der Lohn herunter geschraubt. Der Arbeiter wird und muß unbedingt dem Elende anheimfallen, wenn er nicht bald zu denken anfängt.

Darum Kameraden Deutschlands! Blicket auf die Verbindungen der Meister aller Branchen, sie stehen organisiert da, um den Arbeiter mehr ausbeuten zu können. Deshalb ist es auch eines jeden Mannes Pflicht, sich den Reichen seiner Kameraden anzuschließen, wenn er kein Verbrecher an seiner eigenen Familie sein will, wenn er nicht will, daß seine eigenen Kinder ihn später, wenn er vielleicht längst verschieden ist, nachsagen sollen: mein Vater hat seine Pflicht nicht erfüllt, er hat nicht mit daran gearbeitet, daß seine Kinder einer besseren Zukunft entgegen gehen. Aber weshalb geht es dem Arbeiter so traurig, weshalb steht der Arbeiter so geknechtet da? Die Antwort ist eine leichte: weil der Arbeiter Jahre lang an einzelnen Orten unorganisiert, isolirt dastand, weil der einzelne Arbeiter sich kaum um seine Nebenarbeiter kümmerte, weil er nur seinen Arbeitgeber kannte, und schon zufrieden war, wenn der ihn soviel gewürdigt, daß er ein Wort mit ihm gewechselt. Müßen doch die Arbeiter bedenken, daß der Meister mit seiner Freundlichkeit die Absicht verbindet, dem Arbeiter zu schmeicheln, damit daß er seine Arbeitskraft noch mehr für ihn hinopfern soll. Ein kleiner Theil der Arbeiter ist bereits an allen Orten vorhanden, der seine Klassenlage erkannt hat, aber sie dürfen nicht aufmucken, sie müssen mit der großen indifferenten Masse leiden, weil sie wehrlos, isolirt gegenüber ihren Arbeitgebern dastehen, der Arbeitgeber aber sieht, obgleich er schon mit dem Geldsack ausgerüstet ist, welcher für ihn gegenüber dem kapitallosen Arbeiter eine mächtige Waffe ist, auch noch vereint und wohl organisiert in ganz Deutschland da. Was sollte daher wohl die erste Aufgabe des Arbeiters sein? Er soll sich innerhalb seiner Branche in ganz Deutschland organisiren und mit vereinten Kräften sich dem Meisterbunde ebenso gegenüberstellen, wie derselbe es bereits gegen uns gethan hat. Dann werden wir im Stande sein, den Einzelnen, der für die Rechte seiner übrigen Kameraden eintritt, zu schützen. Dann werden wir überhaupt im Stande sein, unsere materielle Lage zu verbessern.

\*) Leute, die außerhalb der verläufigen Welt stehen.



Daher, Kameraden allerorts, ist es eure erste Pflicht, einen Delegierten zu der obengenannten Generalversammlung zu schicken, um Euch, die ihr noch nicht zu uns gehört, von der Thätigkeit und dem Wirken unseres Vereins zu überzeugen.

Alle Bevollmächtigten unseres Vereins sowie alle Orte, welche einen Delegierten schicken, ersuche ich, mich mindestens bis zum 6. Juni mit dessen Namen und Adresse bekannt zu machen. Alle arbeitsfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Obigen gebeten, damit möglichst überall den deutschen Schiffszimmerern bekannt wird, daß hier in Hamburg eine Generalversammlung stattfindet.

Mit socialdemokratischem Gruß  
D. Groß, Vorsitzender.  
St. Pauli Bergstr. Hof 23, Bude 2.

**Krankenkasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.**

**Grimmischau, 27. April.** Genossen! Wir lassen heute die Abrechnung über die seit dem 11. Dezember 1874 bis 31. März 1875 eingegangenen Gelder folgen. Gleichzeitig müssen wir auf verschiedene Mängel aufmerksam machen, welche sich bei Durchsicht der Abrechnungen vorfinden haben. So nehmen verschiedene Vertrauensleute anstatt der festgesetzten 10 Gr. Einschreibegeld immer noch 8 Gr.; Andere wieder haben den Cassa-Vortrag vom verfloffenen Quartal nicht mit verrechnet oder wieder abgezogen. Endlich ist zu erwähnen, daß die Aufforderung im „Volkstaat“, die im verfloffenen Jahre (bis 31. Dez.) ausgestellten Abmelde-scheine an den Vorsitzenden des Aufsichtsraths einzusenden, zum Theil unbeachtet geblieben ist. Es erscheint uns die Annahme begründet, daß ein großer Theil der Vertrauensleute den „Volkstaat“, als unser Organ, gar nicht hält, und fordern wir daher zum schleunigsten Abonnement auf. Um Dieses nun nicht ungelassen zu lassen, werden wir an alle Vertrauensleute je ein Exemplar dieser Nummer senden.

Was die Generalversammlung anbelangt, so fühlen wir uns gedrungen, den Genossen zur Erwägung anheim zu geben, daß die Protokolle der letzten Generalversammlung noch nicht verlaßt und die Ergänzungsblätter auch kaum erst abgegeben worden sind. Es ist daher wohl nicht rathlich, bereits wieder auf einer Generalversammlung Statutenänderungen und somit Protokoll- und Ergänzungsblätter nötig zu machen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Genossen, und vor allen die Vertrauensleute das, was vom Vorort verlangt wird, einsenden und Hand in Hand mit demselben auf Grund mehrjähriger Erfahrung eine gründliche Revision der Statuten vorbereiten. Auch wollen wir nicht ver-säumen, zu bemerken, daß eine Generalversammlung gegen 300 Thlr. kostet. Selbstverständlich sind hier die Delegationskosten und alles inbegriffen. Im Uebrigen aber hat sich ja bereits die Gewerkschafts-Vorortverwaltung gegen die Abhaltung einer General-versammlung ausgesprochen.

A. Thiersfelder, Vors. des Aufsichtsraths,  
Turnhallenstr. 312 C.

Rechnungsbericht über die bei der Krankenkasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts vom 11. Dezember 1874 bis 31. März 1875 eingegangenen Gelder: Grimmischau Mark 89.86, Gotha 4.20, Konneburg 17.86, Schmölla 11.75, Braunschweig 1.20, Großenhain 39.80, Augsburg 11.40, Götting 10.60, Wolfenbüttel 3.10, Niederradenstein 11.20, Dresden 49.90, Apolda 2.37, Peiserde 25.20, Friedrichshöhe 6.72, Groß-Südheim 10.78, Schöppenstedt 18.34. — Unterstufung erhielt Dresden Mark 60.

Für die Vorortverwaltung:

Albrecht Thiersfelder, Vorsitzender des Aufsichtsraths.  
Anton Pöpsch, z. B. Kassirer, Turnhallenstr. 303 C.

**Metallarbeitergewerkschaft.**

**Leipzig.** Die Leipziger Mitgliedschaft stellt folgende Anträge zur Generalversammlung. Die Generalversammlung möge beschließen: 1) Daß kein Streit vom Ausschlag beschworen wird, sofern nicht 3000 Mark baar in Kasse sind und innerhalb 14 Tagen flüssig gemacht werden können. 2) Sämmtliche Beschlüsse der Generalversammlung treten, sobald das Protokoll derselben herausgegeben ist und wenn dagegen von keiner Mitgliedschaft Einspruch erhoben wird, in Kraft. Doch muß das Protokoll innerhalb 4 Wochen herausgegeben werden. 3) Das Protokoll der Generalversammlung ist obligatorisch einzuführen und so billig als möglich herzustellen. 4) Zu § 29 des Gewerkschafts-Statuts folgenden Passus mit aufzunehmen: Stirbt ein berechtigtes Mitglied u. s. w. 18 Thlr. — 54 Mark, wenn das betreffende Mitglied mindestens 45 Jahre der Gewerkschaft angehört hat. 5) Zu § 21 statt jedes Jahr wird in dem Zeitraum u. s. w. zu setzen: Alle zwei Jahre wird in dem Zeitraum u. s. w.

Unterzeichneter stellt folgenden Antrag an die Generalversammlung: Die Generalversammlung möge folgenden Paragraph mit in das Krankenkassenstatut aufnehmen: Stirbt die Frau eines Mitgliedes, so erhält dieselbe 9 Mkr. wenn das Mitglied 1 Jahr, 18 Mkr. wenn das Mitglied 2 Jahr, 27 Mkr. wenn das Mitglied 3 Jahr, 36 Mkr. wenn das Mitglied mindestens 4 bis 5 Jahre der Krankenkasse angehört hat. Stirbt dagegen der Mann eher als die Frau, so erhält dieselbe ihr Beerdingungsgeld nach der oben angeführten Norm ausgezahlt. R. Ludwig.

**Verband der Kürschner von Leipzig und Umgegend.**

**Leipzig.** Den Vertrauensmännern und den Mitgliedschaften diene hiermit zur Nachricht, daß das Circular Nr. 1 am 1. Mai in Kraft getreten ist.

Daß unsere Vereinigung, resp. der Verband schon eine gute Frucht treibt, beweist die in der Jurisdiktion von A. Herzog in Lindenau durch die Arbeiter eingeführte 10stündige Arbeitszeit, die von beiden Theilen gleich respektiert wird.

Mögen alle Collegen dem Beispiele folgen!

Für den Verbandsvorstand:  
A. Freese, erster Vorsitzender.

**Allgemeiner deutscher Töpferverein.**

**Schemnitz, 29. April.** Collegen! Zum dritten Male seit dem Bestehen des Vereins soll der Congress am 29., 30. und 31. Mai in Reichen tagen. Sorgt dafür, daß wir eine allgemeine Krankenkasse bekommen, damit uns ein festes Band umschließt als bisher. Es ist der Antrag von dem Vorort Hamburg bereits an uns gestellt. Sorgt auch, daß der Congress recht stark durch Delegierte besucht wird.

O. Grundke, Bevoll.

**Correspondenzen.**

**Leipzig, 30. April.** In der gestrigen Versammlung der vereinigten Sozialdemokraten Leipzigs stand die Leipziger Reichstagswahl auf der Tagesordnung. In der sehr lebhaft sich gestaltenden Debatte ergriff zunächst Bebel das Wort, um in längerer Rede für Wahlenthaltung zu sprechen. Die Hauptgründe, die er anführte, waren kurz folgende: Die allgemeine Stimmung der Wählerschaft sei offenbar eine sehr gleichgültige, um nicht zu sagen niedergedrückte. Die Geschäftskrise, die Arbeitslosigkeit, die besonders dringende Sorge um die tägliche Existenz haben eine Gleichgültigkeit gegen die Wahl hervorgerufen, die durch die ausgedehnteste und umfangreichste Agitation nicht zu bewältigen sein dürfte. Viele Arbeiter seien seit der Zeit, wo die Wahlen angesetzt wurden, entlassen worden, und diese gingen aus bei der Wahl verloren; für viele Andere sei bei der geschäftlichen Krise gesteigerte Gefahr vorhanden, durch eine oppositionelle Stimmabgabe sich das Mißfallen des Arbeitgebers zuziehen und entlassen zu werden. Die Inanspruchnahme des Leipziger Publikums durch die Messe, die eben erst zu Ende gehe, müsse ebenfalls in Anschlag gebracht werden. Es sei seiner Ansicht nach also sicher, daß eine sehr schwache Beteiligungs bei der Wahl die Folge sein werde, und unter solchen Umständen halte er es für besser, daß die Partei durch eine motivirte Erklärung land thue, sich der Wahl zu enthalten. Eine solche Wahlenthaltung würde die Folge haben, daß ein Wahlkampf gar nicht entstehe und für die Liberalen eine Minoritätswahl zu Stande komme, der sie sich vor der ganzen Welt schämen müßten u. s. w. Schilling und Liebisch schlossen sich im Wesentlichen den Ausführungen Bebel's an, Liebisch beschränkte sich nur, daß nicht die heutige Versammlung über Wahlen oder Nichtwahlen einen definitiven Beschluß fasse, sondern daß man dies der Entscheidung einer allgemeinen Volksversammlung überlasse.

Für die Wahlbetheiligung erklärten sich sehr entschieden Poyoldt, Schmidt, Bergner, Ulrich und Andere. Diese sämtlichen Redner waren der Ansicht, daß es notwendig sei zu wählen, einerlei wie das Wahleresultat ausfalle. Eine Wahlenthaltung würde nicht nur unter den eigenen Gesinnungsgenossen in Leipzig große Mißstimmung erzeugen, sie würde auch einen höchst ungünstigen Eindruck nach Außen machen, wo man gewohnt sei, Leipzig eine weit größere Bedeutung zuzuschreiben, als ihm eigentlich zukomme. Die Wahlenthaltung würde uns als Feigheit angesehen werden, die Gegner würden uns angreifen, einerlei ob wir uns bethätigen und unterliegen, oder ob wir uns der Wahl enthalten. Im Grunde genommen lägen aber die Chancen nicht so ungünstig, als man von Seiten Derer, die gegen die Wahlbetheiligung gestimmt seien, glaube. Die Krise sei wohl vorhanden, aber nicht so stark wie anderwärts, auch habe diese Krise Vielen die Augen geöffnet und sie unsern Ansichten geneigt gemacht. Die Wahl müsse zu agitatorischen Zwecken benutzt und die heutigen Zustände, namentlich der Reichstag, vor den Massen in das rechte Licht gesetzt werden.

Bebel erklärte schließlich, daß manche der entwickelten Ansicht ihn für die Wahlbetheiligung günstiger gestimmt hätten, er habe auf Grund der Erfahrungen geurtheilt, die er allerdings erst während seiner kurzen Anwesenheit hier gesammelt. Zu beachten sei aber, daß bisher bei allen Nachwahlen die Wahlbetheiligung eine weit launere als bei den allgemeinen Wahlen gewesen, und daß diese Erfahrung sich auch in Leipzig bestätigen werde. Die Versammlung möge, bevor sie beschliesse, genau das Für und Wider überlegen und sich der vollen Verantwortung ihres Beschlusses bewußt sein.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung erklärte sich die Majorität für die Wahlbetheiligung, und wurde alsdann sofort zur Wahl eines Comité's von 7 Personen geschritten und demselben Vollmacht erteilt, sich nach Bedürfnis aus den unsern Gesinnungen zugänglichen Kreisen zu verschälen. Auch wurde von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß es nunmehr gelte, jede persönliche Meinung dem Majoritätsbeschlusse unterzuordnen und mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft in die Wahlagitiation einzutreten. Insbesondere gelte es, Mittel zu beschaffen, da Geld für die Agitation die Hauptsache sei. Die Parteigenossen sollten in allen Fabriken und Werkstätten, und wo sich sonst die Gelegenheit biete, freiwillige Sammlungen veranstalten und deren Ertrag an die Expedition des „Volkstaat“ schleunigst abliefern. Endlich gelte es, eine genügende Anzahl Parteigenossen — mindestens 66 — ansfindig zu machen, welche am Wahltag, Dienstag den 11. Mai, die Vertheilung der Stimmzettel an den 33 Wahlbureaus übernehmen. Wer dazu bereit sei, solle sich bei dem Comité melden, und sollten Diejenigen, die das Opfer eines Arbeitstages nicht bringen könnten, entschädigt werden.

Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten schritt die Versammlung zur Candidatenfrage. Die Debatte hierüber war kurz, da die Auswahl unter den Candidaten so gut wie keine war. Es wurden Abvokat Freytag, Bebel und Brade vorgeschlagen. Namens des Abvokat Freytag wurde die Erklärung abgegeben, daß er keine Candidatur annehme, von Brade sei aus geschäftlichen wie Gesundheits-Rücksichten das Gleiche so gut wie sicher, so bleibe nur Bebel, dessen Candidatur sich auch empfiehe, weil er bisher stets der Candidat der Partei für Leipzig gewesen sei. Die Versammlung entschied sich darauf einstimmig für Bebel, und dieser gab die Erklärung ab, daß er zwar, wie seine Stellung in der Debatte bewiesen habe, nicht für die Wahlbetheiligung sei, daß er aber, nachdem die Majorität sich für die Wahlbetheiligung entschieden habe, sich diesem Beschlusse unterordne, demgemäß die Candidatur annehme und Alles thun wolle, was ihm möglich sei, um das Wahleresultat zu einem möglichst günstigen zu gestalten.

Auf die Anfrage, was er thäte, falls er in Leipzig gewählt würde, da er ja bereits Vertreter für den 17. sächsischen Wahlkreis sei, antwortete er, daß er in diesem Falle das Mandat für Leipzig annehmen und das für den 17. Bezirk niederlegen würde. Er wolle dies betonen, weil sonst durch den gegnerischen Einwand: er besitze bereits ein Mandat, Mancher sich abhalten lassen könne, seine Stimme für uns abzugeben.

Somit stehen zum ersten Mal die Leipziger Parteigenossen vereint vor einem wichtigen politischen Akt, möge Jeder seiner Pflicht und Schuldigkeit eingedenk sein!

**Berlin, 1. Mai.** Donnerstag, den 29. April, fand wieder eine von 900 Collegen besuchte Väterversammlung statt, in welcher Herr A. Kapell und Herr Richter aus Wandersbed über den Zweck der gewerkschaftlichen Vereine sprachen. Beide Redner wurden mit der gespanntesten Aufmerksamkeit angehört und beim Schluß wurde ihren Ausführungen ein wahrer Beifallssturm gezollt. Außerdem wurde ich, Herr A. Merkel und W. Gustav als Delegirte zum Congress gewählt.

Ernst Pfeiffer,  
Burgstraße 6 bei Merkel.

**Berlin.** Die Polizei sahabel hier mit großem Eifer auf die Bieder'schen „Stunden der Andacht“, und das „Neue Wintermärchen“. Einige weggegangene Exemplare der ersteren sollen nach stadtgerichtlichem (7. Deputation!) Urtheil (Lefsenhoff Antragsteller!) „unbrauchbar gemacht“ werden. Man — „hat ihm schon“. Dem Bieder'schen kann's nur nützen. Das „Wintermärchen“ hat die guten Wirkungen der Bogelfreiheit bereits erfahren; wie man uns aus Zürich schreibt, ist in der dortigen „Bolschewichhandlung“ soeben eine zweite und verbesserte Auflage erschienen, die mit Hilfe der gutmüthigen deutschen Polizei und Freund Lefsenhoff's wohl auch bald vergriffen sein wird.

**Briefkasten**

der Redaktion. R. in Berlin: Wir bitten um genauere Daten über die Securitätsscheine Schuler's. — S. in Berlin: Traß für diese Nr. zu spät com.

**Quittung**

der Expedition. S. Rkr hier Nr. 6.00. Erst Dresden Ann. 1.30. Nummer Dautsburg Schr. 7.50. Orbs Spandau Schr. 7.50. Fehrer Dresden Nr. 1.20. Rfm hier Ann. 0.60. S. Huch's Ebn Schr. 45.00 Rnd hier Schr. 3.00. Rk hier Nr. 2.50. Schr. Lindenau Nr. 9.35. Hfr und G. hier Nr. 1.10. Rkr Wien Nr. 6.00. Fehrer Dilly Nr. 0.55. Arbeiterver. Reimschlocher Ann. 1.00. Schr. 1.00. Bham hier Schr. 3.00. Metallarbeitergew. hier Ann. 3.00. F. Scherbrn Eiltingen Nr. 21.42. Brief Janowitz Nr. 8.75.

**Fond f. pol. Gemachtgelte.**

S. Orbn Spandau 2.50.

**Zum Wahlfond.**

Bierdel's Werkstelle hier 6.20.

**Genossenschaftsbuchdrucker.**

F. R. in Braunschweig: Die Zinsen auf dem Schein betragen bis zum 30. Juni 2.40. und werden, wenn gewünscht, sofort gezahlt.

**Anzeigen etc.**

Die rechts in [ ] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

**Altona** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, den 6. Mai, Abends 9 Uhr: Versammlung im Schuhmachereamban. — Tagesordnung: Der Einigungscongress. Vereinswesen sind zu entziehen. Der Vorstand. [40]

**Augsburg** (früher Bissel). Samstag, den 8. Mai, bei Bierbrauer F. u. d. e. Versammlung der hiesigen Mitglieder der soz.-dem. Arbeiterpartei. Tagesordnung: 1) Wahl eines Delegierten zum allgemeinen Sozialistencongress und zum Parteicongress. 2) Sonstige Parteiangelegenheiten. 3) Sozialpolitische Rundschau. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung haben alle Sozialisten am Plage zu sein. — Die Restanten werden an ihre Plätze erinnert. Im Auftrag: J. Endres. [90]

**Berlin** Allgemeiner deutscher Arbeiterverein. Mittwoch, den 5. Mai, Abends halb 9 Uhr: Versammlung Wallstraße 3, bei Baumann.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß diese Versammlungen jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jedes Monats stattfinden, und ersehen wir die Zugerichten, nicht wie bisher, wenn Je in Berlin waren, den Verein zu vernachlässigen, sondern ihren Pflichten nachzukommen und die Versammlungen zu besuchen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Bevollmächtigte. [100]

**Berlin** Metallarbeitergewerkschaft. Sonnabend, den 8. Mai, Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung in Cafe Rade, Auguststraße Nr. 80. Tagesordnung: 1) Kosten- und Revolutionsbericht. 2) Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge. 3) Bericht der Commission über die Krankenkassenstatuten. 4) Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. Ich ersuche jedes Mitglied dringend, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Bevollmächtigte. [90]

**Cöln** Sonnabend, den 9. Mai, halb 11 Uhr: Versammlung, im Schloß Bensberg, Heumarck Nr. 68. Versammlung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei. Tagesordnung: 1) Wahl eines Delegierten zum Einigungs- und Parteicongress. — 2) Partei- und lokale Abrechnung. Bei dieser wichtigen Angelegenheit erinnere ich nachdrücklich an die Pflicht der Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann. [80]

**Hannover** Mittwoch den 5. und Sonnabend den 8. Mai, im Vereinslokal: Geschlossene Mitgliederversammlung. Der Kongress. D. Rudolph. [50]

**Leipzig** Mittwoch, den 5. Mai, Abends halb 9 Uhr: Versammlung der Sozialdemokraten Leipzigs und der Umgegend im Restaurant Bellevue, Kreuzstraße. Tagesordnung: Spezialdebatte über Organisation der deutschen Arbeiterpartei. Gewerkschaft der Holzarbeiter.

**Leipzig** Sonnabend, den 8. Mai: Versammlung Wandmühlenstraße Nr. 7. — L. O.: Vortrag von Hellmann über Verdingung der Arbeitszeit und über Lohnreduction. Aufnahme neuer Mitglieder. D. Schiffel, Bevollm. P. P. Nächste Mittwoch fällt die Ausschussung aus. D. O. [50]

**Aufforderung und Warnung.**

Lebrecht Mergner, selber in Eisenburg, dann in Leipzig, woselbst er nun nicht mehr aufzufinden, hat auf Liste 87 und 88 für die Hinterbliebenen Hord's in Eisenburg Gelder gesammelt, ohne dieselben irgend welcher Art, an mich abzuliefern. Wer Mergner's Adresse kennt, wolle mir dieselbe umgehend mittheilen. Vor Mergner selbst werden hiermit alle Parteigenossen gewarnt. Hamburg, Reidingmarkt 12. August Geib. [200]

**Anton Zylinski,** Schneider aus abelg-Salsche (Kreis Starau) welcher hier längere Zeit in Arbeit stand, ist seit dem 28. März von hier abgereist, ohne seine Verbindlichkeiten zu ordnen. Er wird hiermit auf gefordert, binnen 4 Wochen seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn nicht, so werden die hiesigen Parteigenossen auf Ausschluß aus der Partei beantragen. Coburg, den 1. Mai 1875. Der Vertrauensmann. [175]

Ein Parteigenosse findet williges und freundliches Logis bei Korunkel Berlin, Unter den Eichen 3, 2 Treppen. [50]

Ein erfahrener Schuhmacher, welcher mit der Schlichten-Fabrikation vertraut ist, findet eine angenehme Stellung bei E. Hohenpflug Barmen, Rarierstraße Nr. 11. [75]

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen die achte Lieferung von

**Ph. Becker: Stunden der Andacht**  
Preis der Lieferung 20 Pf.  
Buchhandlung des „Volkstaat“.

Verantwortlicher Redacteur: S. Rindl.  
Redaktion: Hohenstraße 4, Expedition: Pragerstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckeri in Leipzig.